

# **PRESSEKOMMENTARE AUS NORWEGEN**

Roland Löffler

## **Norwegen ante portas? Die wieder auflebende Debatte über einen möglichen EU-Beitritt schafft neue Allianzen**

Die norwegische Debatte um einen möglichen EU-Beitritt kommt wieder in Gang. Die Skandinavier hatten in zwei Volksabstimmungen 1972 und 1994 – als bisher einziges Land Europas – einen EU-Beitritt mehrheitlich abgelehnt und Europa zu einem öffentlichen Tabuthema gemacht.

Zum Erstaunen der norwegischen Öffentlichkeit war es im Januar 2003 ausgerechnet Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik, der Europa wieder auf die politische Agenda beförderte. Der Chef der christlichen Volkspartei, die wie das Zentrum, die Sozialistische Linkspartei und der liberalen Venestre bisher zu den dezidierten Europa-Gegner gehörten, hatte erklärt, dass Norwegen wegen der weitreichenden politischen Konsequenzen der EU-Osterweiterung seine bisher ablehnende Position neu überdenken müsse. Außerdem sei, so Bondevik, ein starkes Europa als politisches Gegengewicht zu den USA begrüßenswert.

Bondevik scheint mit seinen Überlegungen den Nerv der Zeit getroffen zu haben. Durch die Veränderungen der politischen Landschaft Europas in den vergangenen Jahren scheinen die Norweger europafreundlicher geworden zu sein. Nach den jüngsten Umfragen schwankt die Zustimmung der Bevölke-

rung zu einem EU-Beitritt zwar zwischen 58 und 67 Prozent der Stimmen, der Trend „pro EU“ bleibt jedoch stabil.

Im Grunde komme die Diskussion über einen EU-Beitritt gerade für die politischen Parteien etwas zu früh, meint Georg Øvsthus, politischer Kommentator von Norwegens größter Regionalzeitung *Bergens Tidende*. Das Ja oder Nein zu einem EU-Beitritt habe beinahe den Status eines Glaubenssatzes, es zähle seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts zu den umstrittensten Themen der norwegischen Innenpolitik. Koalitionen seien an der Europa-Frage zerbrochen oder nie zustande gekommen, so Øvsthus. Auch gegenwärtig könnte Europa die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung aus Christdemokraten, der konservativen Høyre und den Liberalen, die von der rechts-populistischen Fortschrittspartei geduldet wird, vor eine Zerreißprobe stellen.

Im Prinzip kann der Regierung Bondevik gar keine politische Lösung der Europafragen gelingen. In den Koalitionsvereinbarungen vom Oktober 2001 haben sich die drei Parteien nämlich auf eine sogenannte „Selbstmordklausel“ geeinigt. Danach würden formelle Verhandlungen über einen EU-Beitritt, den innerhalb der Regierung nur die Konservativen uneingeschränkt wollen, das Ende der Koalition bedeuten. Da die Verfassung keine vorgezogenen Neuwahlen kennt und die nächste Parlamentswahl erst 2005 ansteht, werden sich die Norweger noch mindestens zwei Jahre mit einer Entscheidung gedulden müssen.

Leichter tun sich deshalb die oppositionellen Sozialdemokraten. Europafreundliche Spitzenpolitiker wie die beiden ehemaligen Regierungschefs Thorbjørn Jagland und Jens Stoltenberg kämpfen für ein baldiges Referendum, in dem die Norweger endlich den Beitritt zur Europäischen Union absegnen sollen.

Schon allein der Begriff „Union“ löse bei vielen seiner Mitbürger eine mentale Blockade aus, meint Øvsthus. Es erinnere sie an die aufgezwungene vierhundertjährige Union mit Dänemark und an die darauffolgende Abhängigkeit von Schweden. Eine dominante Brüsseler Zentrale rufe alte Ängste hervor. Außerdem befürchteten die Norweger, dass ein Beitritt die Balance der beiden politischen Grundpfeiler, des ausgeprägten internationalen Engagements und der gleichzeitig betonten nationalen Souveränität,

berühren könnte. Der norwegische Journalist hält die positiven Umfrageergebnisse deshalb für trügerisch und ist skeptisch, ob seine Landsleute bei einer dritten Volksabstimmung wirklich für Europa stimmen würden.

Waren es über viele Jahre gerade die großen Ölvorräte, die einer isolationistischen Haltung einen finanziellen Rückhalt gewährten, so sind es nun gerade wirtschaftspolitische Gesichtspunkte, die für einen EU-Beitritt sprechen. Norwegen gehört wie Island und Liechtenstein seit 1994 dem Europäischen Währungsraum (EWR) an und partizipiert am europäischen Binnenmarkt. Dafür mussten Norwegen, Island und Liechtenstein bisher rund 24 Millionen Euro an die EU zahlen, von denen Norwegen 95 Prozent schultert.

Norwegen ist schon heute Nettozahler in Europa, an die Entscheidungen der EU gebunden, ohne jedoch das Mitspracherecht der EU-Mitgliedstaaten zu besitzen. Zudem sieht die EWR-Mitgliedschaft nur einen zollfreien Handel von Industrieprodukten zwischen den EU-Ländern und Norwegen, nicht aber von Nahrungsmitteln und Fisch vor. Für Eivind Smith, Professor für öffentliches Recht an der Universität Oslo, ist der EWR-Vertrag wegen dieses Demokratie-Defizits eine „verfassungsrechtliche Katastrophe“. Seiner Meinung nach könne dieses Problem nur dadurch gelöst werden, dass Norwegen entweder der EU beitrete oder aus dem EWR ausscheide und bilaterale Vereinbarungen mit Brüssel abschließe.

Parallel zu den Osterweiterungsverträgen sollte auf dem jüngst zu Ende gegangenen Athener Gipfel der EWR-Vertrag geändert werden. Weil die EWR-Länder stark vom Binnenmarkt profitierten, verlangte die EU-Kommission eine massive Aufstockung der jährlichen Zahlungen – im Gespräch waren zwischen 200 und 500 Millionen Euro. Sie fließen in den EU-Kohäsionsfonds, von dem gegenwärtig Spanien, Portugal, Irland und Griechenland profitieren.

Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die Kommission und die EWR-Länder auf einen Kompromiss, nach dem die drei EWR-Staaten ab 2003 jährlich 120 Millionen Euro nach Brüssel abführen würden. Obwohl Norwegen von diesem Betrag den überwiegenden Teil übernehmen sollte,

mussten die Skandinavier einer weiteren jährlichen Zahlung in Höhe von 113 Millionen Euro zustimmen, die direkt den zehn neuen EU-Mitgliedern zugute kommen sollte. Dieser Kompromiss scheiterte jedoch am Einspruch Polens, das gegen die Norwegen vertraglich ebenfalls auferlegten Fischquoten votierte. Danach hätten die osteuropäischen EU-Neulinge wie Polen oder die baltischen Staaten, die große fischverarbeitende Fabriken besitzen und bisher norwegischen Fisch zollfrei einführen, nach ihrem Beitritt nur noch bestimmte Mengen importieren dürfen. Polen befürchtete deshalb einen Verlust von Arbeitsplätzen in der Fischindustrie. Mit seinem Veto unterstützte Polen sogar eine Position Norwegens, die deren Verhandlungsdelegation nach Kontroversen mit der EU-Kommission schrittweise zurückgefahren hatte.

Trotz der auf Eis gelegten EWR-Verhandlungen will auch die stark exportorientierte norwegische Fischindustrie den EU-Beitritt, um ohne Handelschranken Lachs und Dorsch in Europa vermarkten zu können. 1994 kämpfte sie aus Angst vor der Überfischung ihrer Heimatgründe durch die EU-Fischflotte noch entschieden gegen einen Beitritt.

Solange die EU-Diskussion weitergeht, braucht Norwegen als Mitglied des EWR und Nichtmitglied der EU starke Fürsprecher in Brüssel. Gerade deshalb kommt Deutschland eine zunehmend wichtigere Rolle in der norwegischen Außenpolitik zu.

1999 hat die norwegische Regierung eine politische Grundsatzentscheidung getroffen und eine eigene „Deutschland-Strategie“ entworfen. Oslo rückt damit von der starken Anlehnung an Washington und London ab, will ein breitgefächertes Netzwerk an Norwegen-Fürsprechern in Deutschland aufbauen. Berlin soll wieder zur Drehscheibe für den kulturellen Austausch zwischen Skandinavien und Mitteleuropa werden. Dieser Strategiewechsel hat verschiedene Gründe: Die Bundesrepublik ist in den Augen der Norweger einer der Motoren der EU-Norderweiterung und wichtigster Fürsprecher norwegischer Interessen in der EU. Norwegen und Deutschland verbindet eine enge Kooperation in der NATO und die besondere außenpolitische Rücksichtnahme auf die Belange Russlands. Deutschland ist Norwegens wichtigster Handelspartner. Doch bevor der Weg

nach Brüssel über Berlin führt, müssen die Norweger zunächst selbst entscheiden, ob sie in der EU wirklich ihre Zukunft sehen. Ein Ja könnte langlebige innenpolitische Verkrampfungen lösen, meint Georg Øvsthus, denn nach einem Beitritt wären Kontroversen über die Europapolitik keine Grundsatzfragen, sondern genauso alltägliche Vorgänge wie politische Auseinandersetzungen über jedes andere Thema.

### ■ Medienumschau

Die traditionell engen, zuweilen sogar offiziellen Verbindungen mancher Zeitungen zu den politischen Parteien gibt es in Norwegen spätestens seit Anfang der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts nicht mehr. Gleichwohl sind politische Tendenzen erkennbar: *Dagbladet* gilt als liberal, *Aftenposten* als konservativ. *Nationen* steht der Zentrumsparterie nahe. *Dagsavisen* war früher das Organ der Arbeiterpartei. *Klassekampen* vertritt eine dezidiert marxistische Position, während *Dagens Næringsliv* die neoliberale Wirtschaftszeitung des Landes ist. Der Privatsender TV 2 und auch die Boulevardzeitung *Verdens Gang*, Norwegens größte Zeitung, lassen sich politisch nicht festlegen.

Kommentar in *Dagbladet* vom 9. Januar 2003:

Heute beginnen die Verhandlungen zur Revidierung des EWR-Vertrages. Am kurzen Ende des Tisches sitzt der verbliebene Rest der EFTA: Norwegen, Island und Liechtenstein – und ihnen gegenüber eine Super-EU, die in zwei Jahren 25 Länder und 475 Millionen Einwohner umfassen wird. Das sind einhundertmal mehr Menschen als bei uns. Der EWR-Vertrag hat deshalb für die EU nur marginale Bedeutung. In den täglichen Verhandlungen wird sich dies darin zeigen, dass kein Minister eines EU-Landes erscheinen wird, wohl aber die drei EFTA-Länder ihre Außenminister zu den Gesprächen mit den EU-Vertretern schicken. Dass diese Neuverhandlungen überhaupt stattfinden, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass Island und Norwegen zusammen die wichtigsten Fischgründe im Norden besitzen, zu denen die europäischen Fischer Zugang erhalten wollen. Auch die norwegische Landwirtschaft steht vor dem Ende der bisherigen Protektionspolitik.

■ *Dagbladet*, 9. Januar 2003

Harte Verhandlungen stehen auf der Tagesordnung. Norwegen möchte weiterhin einen zollfreien Handel mit Polen – auch nach dem EU-Beitritt Warschau. Auf der anderen Seite will die norwegische Delegation versuchen, den Zugriff der EU-Fischindustrie auf norwegische Fanggründe so stark wie möglich zu begrenzen. Trotz der vielen komplizierten Detailfragen besteht Hoffnung auf ein baldiges Ergebnis, denn die EU hat trotz mancher Differenzen ein starkes Interesse an guten Beziehungen zu den Ländern im hohen Norden. Auch wenn der EWR-Vertrag in vielerlei Hinsicht für Norwegen wegen der fehlenden Mitbestimmungsmöglichkeiten in Brüssel kein befriedigendes Übereinkommen sein wird, ist es immer noch besser als gar keins. Gas und Öl machen Norwegen zu einem reichen Land – und deshalb müssen wir uns auf einen erheblichen Anstieg des norwegischen EWR-Beitrags von bisher 200 Millionen Kronen für die Entwicklung der schwächsten EU-Gegenden vorbereiten.

■ TV 2, 14. Januar 2003

Privatfernsehsender TV 2 vom 14. Januar 2003:

Die Haltung der norwegischen Wähler zur EU hat sich dramatisch geändert. Wie eine jüngste Untersuchung von Gallup Norwegen im Auftrag des Privatfernsehersender TV 2 offenbarte, sprechen sich 58,2 Prozent der Norweger für einen Beitritt aus, während 28,5 Prozent ihn ablehnen. Das ist der höchste Wert, der jemals in Meinungsumfragen erreicht wurde. Sogar im traditionell euroskeptischen Nordnorwegen haben die EU-Befürworter eine Mehrheit. Für den Politikwissenschaftler Frank Aarebrot von der Universität Bergen kommt das Ergebnis nicht überraschend. Der Meinungsumschwung habe sich seit Monaten abgezeichnet. „Was mich verwundert, ist der große Prozentsatz unentschlossener Wähler“, sagte Aarebrot. Elf Prozent der Befragten äußerten, dass sie noch keine abschließende Position eingenommen hätten, weitere 2,3 Prozent verweigerten eine Meinungsäußerung.

■ *Dagbladet*, 16. Januar 2003

*Dagbladet* vom 16. Januar 2003:

Der politische und wirtschaftliche Preis eines Verbleibens außerhalb der EU wird für Norwegen nach Ansicht der schwedischen Außenministerin Anna Lindh zunehmend höher werden. Den Hoffnungen

von Norwegens Außenminister Jan Petersen (Høyre) auf schwedische Hilfe bei den bevorstehenden EWR-Verhandlungen versetzte Lindh einen Dämpfer: „Um darüber mitzureden, wofür die EU Geld ausgibt, muss man schon Mitglied werden – und wir würden Norwegen in Europa herzlich willkommen heißen“, so Lindh.

*Dagbladet* vom 16. Januar 2003:

■ *Dagbladet*, 16. Januar  
2003

Der Hoffnungsträger der christlichen Volkspartei, der dreißigjährige Knut Arild Hareide hat sich in einem Interview für einen norwegischen EU-Beitritt ausgesprochen. „Ich glaube, dass Norwegen der EU beitreten sollte, besonders nach der Osterweiterung. Denn Europas reiche Nationen geben den ärmeren Ländern nun die Gelegenheit, sich weiterzuentwickeln“, sagte Hareide.

*Aftenposten* vom 25. Januar 2003:

■ *Aftenposten*, 25. Januar  
2003

Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik hat nicht ausgeschlossen, seine bisherige Opposition gegen einen EU-Beitritt zu revidieren. „Ich habe bisher meine europapolitische Position noch nicht geändert, doch wir beginnen nun einen Prozess der Evaluierung. Ich habe die Frage eines EU-Beitritts – wie übrigens auch die Frage des EWR-Vertrages – nie nur schwarz oder weiß gesehen. Ich will erst einmal sehen, was die EU-Erweiterung bringt. Entscheidend wird sein, welchen Einfluss die kleinen Länder innerhalb der EU haben werden“, sagte Bondevik.

*Nationen* vom 27. Januar 2003:

■ *Nationen*, 27. Januar  
2003

Marit Arnstad, eine der führenden Politikerinnen der Zentrumspartei, hat ihre Skepsis über die sich verändernde EU-Position von Ministerpräsident Bondevik geäußert: „Ich bin froh, dass er noch immer ein Gegner der norwegischen Mitgliedschaft ist, aber ich bin von seinen Kommentaren überrascht. Es fehlen wichtige Gesichtspunkte in seinen Überlegungen.“ Frau Arnstad bezweifelt, dass die Aussagen des Ministerpräsidenten größere Bedeutung für die öffentliche Diskussion der EU-Frage habe, erwartet jedoch einen starken Einfluss auf die christliche Volkspartei, deren Wähler zu 75 Prozent einen Beitritt ablehnen. „Ich sehe seit 1994 keinen neuen Argumente in der Debatte“, so Frau Arnstad.

■ *Dagsavisen*, 27. Januar  
2003

*Dagsavisen* vom 27. Januar 2003:

Bisher hat Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik wenig Interesse an der Frage eines norwegischen EU-Beitritts gezeigt. Die Politik der Regierung hat sich auf den EWR-Vertrag konzentriert. Allerdings ist offen, ob die Äußerungen des Ministerpräsidenten den Start einer interessanteren und ausgewogeneren Debatte über die norwegische Außen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen und das Verhältnis zur EU im Speziellen markieren werden. Die EU befindet sich in einem Veränderungsprozess – weg von einer westeuropäischen hin zu einer pan-europäischen Organisation. Gerade jetzt, in einer Zeit der amerikanischen Planungen eines Irakkrieges, zeigt sich die Notwendigkeit, dass Europa ein politisches Gegengewicht zu den USA bilden muss. Diesen Gedanken hat bisher noch kein norwegischer Ministerpräsident oder irgendein anderer Politiker dieses Landes stärker hervorgehoben als Bondevik. Wir vermuten, dass diese Haltung aus der tiefen Sorge des Ministerpräsidenten vor einem Irakkrieg resultiert. Darin ist er sich mit der Mehrheit der Bevölkerung einig. Die Zeit ist gekommen, dass Norwegen im Licht der EU-Osterweiterung und der Irakkrise seine außen- und sicherheitspolitischen Koordinaten überprüfen muss.

■ *Nationen*, 5. Februar  
2003

*Nationen* vom 5. Februar 2003:

Die norwegischen Kommunen, die regionalen Gesundheitsbehörden und die Pensionsfonds gehen davon aus, dass sie bei einem EU-Beitritt stark in Mitleidenschaft gezogen werden, weil die Zinssätze in der EU niedriger als in Norwegen sind. Sven-Henning Kjeldsrud von der Kommission für Banken, Versicherungen und Sicherungssysteme befürchtet, dass bei sinkenden Zinssätzen die Profite der Pensionsfonds zurückgehen oder gänzlich verschwinden werden und die zuständigen Gesellschaften erhebliche Anpassungsprobleme haben werden.

■ *Verdens Gang*, 28. Februar  
2003

*Verdens Gang* vom 28. Februar 2003:

Vier Aktivisten der Sozialistischen Linken haben die Strategie der Europa-Gegner in Dänemark adoptiert und versuchen nun, eine Koalition der Linken für eine EU-Mitgliedschaft zu formieren. „Wir wollen ein Netzwerk aller Menschen schaffen, die sich für ei-



nen Beitritt aussprechen. Wir werden unsere Argumente auf der traditionellen Politik der Sozialistischen Linken aufbauen, doch die Diskussion nun auf ein europäisches Niveau heben“, sagt Petter Wold, Mitglied der Sozialistischen Linken und Veteran der Europäischen Bewegung in Norwegen. Die vier Politiker wollen eine Organisation schaffen, sie sich „Radical Europe“ nennt und der norwegische Arm der dänischen Organisation „New Europe“ sein wird.

*Verdens Gang* – Sonntagsausgabe vom 2. März 2003:

Wenche Fossen, Vorsitzende der Europäischen Bewegung in Norwegen, hat die Sozialistische Linke gewarnt, nicht zu einer rein anti-europäischen Organisation zu werden. Frau Fossen, selbst jahrelang Parteimitglied der Sozialistischen Linken, will sich ausschließlich auf die Führung der Europäischen Bewegung konzentrieren und hat deshalb auch ihre Mitarbeit bei „Radical Europe“ aufgegeben. „Die Europäische Bewegung“, sagte Frau Fossen, „soll die Institution werden, die alle Europa-Befürworter unter ihrem Dach versammelt.“

■ *Verdens Gang* –  
Sonntagsausgabe, 2. März  
2003

*Klassekampen* vom 17. März 2003:

Die Zentrumspartei macht sich bereit, 2005 an einer breiten Mitte-Links-Regierung teilzunehmen. Zur Realisierung dieses Plans müsste die Arbeiterpartei allerdings ihre Europa-Politik aufgeben. Der breiten Zustimmung seiner Partei gewiss, forderte der neue Zentrumsparteivorsitzende Åslaug Haga die Koalitionspläne von Jens Stoltenberg, dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei, heraus: „Die Arbeiterpartei muss sich entscheiden, ob ihr die EU-Mitgliedschaft wichtiger ist als die Bildung einer Mitte-Links-Regierung. Wir haben viele Gemeinsamkeiten mit der Arbeitspartei, doch in der Frage eines EU-Beitritts gehen wir völlig getrennte Wege. Sollte diese Frage erörtert werden, werden die Koalitionspläne gestoppt.“

■ *Klassekampen*,  
17. März 2003

*Dagsavisen* vom 4. April 2003:

Gestern hat der Parteivorstand der Arbeiterpartei das Startsignal einer neuen EU-Debatte gegeben. Die Partei hat eine Arbeitsgruppe berufen, um ihre Position im Vorfeld der Parlamentswahl 2005 vorzubereiten. Wollen wir im Sinne einer EU-Mitgliedschaftsdebatte hoffen, dass dies kein Schuss in den Ofen

■ *Dagsavisen*, 4. April  
2003

wird, denn die Arbeitsgruppe besteht aus Befürwortern, Gegnern und Unentschlossenen. Es ist unwahrscheinlich, dass dieses Komitee zu einer gemeinsamen Meinung finden wird. Doch es sollte ihm wenigstens gelingen, formelle Fragen zu klären und einen zeitlichen Fahrplan zu entwerfen. Historisch betrachtet ist die norwegische EU-Debatte eine Art Dreißigjähriger Krieg, in dem die EU-Gegner die meisten Schlachten – die Volksabstimmungen – gewonnen haben. Auch die Arbeiterpartei hat ihre Erfahrungen mit der EU-Frage gemacht. Sie hat sowohl Wähler als auch die Regierungsverantwortung wegen ihrer Unterstützung eines EU-Beitritts verloren. Zwei der bedeutendsten Nachkriegspolitiker, Trygve Bratteli und Gro Harlem Brundtland sahen ihre Autorität durch zwei verlorene Volksabstimmungen beschädigt. Vor diesem leidvollen Hintergrund ist es verständlich, dass viele Parteimitglieder wenig Interesse an einem übereilten Start in eine neue Debatte haben. Auch unserer Ansicht nach sollte die Arbeiterpartei sich langsam der Frage einer EU-Mitgliedschaft annähern. Die Partei wird immer noch rechtzeitig im Zentrum der Debatte ankommen. Damit das nächste Referendum ein Erfolg wird, muss sich die Partei langfristig genau überlegen, wie sie die Wähler für ein Ja ködern kann.

■ *Dagens Næringsliv*,  
7. April 2003

*Dagens Næringsliv* vom 7. April 2003:

Es gibt starke Signale, dass die Verhandlungen über die Ausweitung des EWR-Vertrags auf die neuen EU-Mitgliedstaaten heute zusammenbrechen werden. Die Kluft zwischen Norwegen und der EU ist dramatisch gewachsen, nachdem die EU am Wochenende ihre Entscheidung revidiert hat, den Importzoll für norwegischen Fisch in einer Höhe von 130 bis 150 Millionen Kronen nicht zu kompensieren. Die EU hat ihr finanzielles Kompensationsangebot erheblich reduziert. Damit hat sich die EU von früheren Zusagen und norwegischen Vorstellungen entscheidend entfernt, sagte die norwegische Verhandlungsdelegation in Brüssel. Sollte die EU ihre Position beibehalten, werden die Verhandlungen heute abgebrochen.

■ *Dagsavisen*, 11. April  
2003

*Dagsavisen* vom 11. April 2003:

Jeder, der die Verhandlungen in Brüssel aus nächster Nähe verfolgt hat, weiß, dass der Vertrag erst unter Dach und Fach ist, wenn die Tinte auf dem Papier ge-

trocknet ist. Die Verhandlungen über die Ausweitung des EWR-Vertrages sollten eigentlich am Ende dieser Woche abgeschlossen sein. Doch plötzlich stand Polen auf und verweigerte seine Zustimmung zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis.

Die norwegischen Forderungen für eine Revision des gegenwärtigen EWR-Vertrages konzentrierten sich im Wesentlichen auf zwei Punkte: Die Aufstockung der hohen Beitragszahlungen und Fischquoten.

Da Norwegen geneigt war, sein Scheckbuch zu öffnen und eine zehnfache Steigerung der bisherigen EWR-Verpflichtungen zu akzeptieren, hatten die meisten Beobachter damit gerechnet, dass die EU im Gegenzug die Fischfrage großzügig handhaben würde. Die EU akzeptierte das finanzielle Angebot Norwegens – immerhin zwei Milliarden Kronen – und offerierte im Gegenzug zumindest bestimmte zollfreie Exportquoten für Hering und Makrele nach Polen. Es war kein gutes Geschäft für Norwegen, aber es war besser als gar keines. Doch EU-Aspirant Polen zeigte sich mit dem Ergebnis noch unglücklicher, denn der norwegische Fischexport erhält in Polen 25 000 Arbeitsplätze in etwa 130 Unternehmen. Rund eine Million Polen sind direkt oder indirekt mit diesem Wirtschaftszweig verbunden. Heute kaufen die Polen norwegischen Fisch zollfrei. Doch wenn Polen EU-Mitglied wird, werden sie eine, wenn auch nur geringe Abgabe zahlen müssen. Auch eine kleine Verpflichtung kann eine schwere Last für Unternehmen sein, die mit Mühe schwarze Zahlen schreiben.

Dass Polen aus reinem Selbstinteresse gegen das EWR-Verhandlungsergebnis protestiert hat, ist verständlich. Aber es ist nicht tolerierbar, dass das Land den Vertrag auch dann blockiert, wenn er endlich unterschriftsreif ist. Das würde nach purer Kraftmeierei aussehen. Polen hat sich in diesen Tagen in Europa und international als wichtige neue Kraft dargestellt. Als neues Mitglied der EU und der NATO weiß Polen, wie es die anderen Staaten seine Anwesenheit spüren lassen kann. Der EWR-Vertrag gab Polen die Möglichkeit für einen großen Auftritt.

*Klassekampen* vom 11. April 2003:

Zentrumsabgeordnete Marit Arnstad hat die Arbeit der norwegischen Delegation bei den Verhandlungen

■ *Klassekampen*,  
11. April 2003

zur Veränderung des EWR-Vertrages hart kritisiert. Sie wäre besser gewesen, wenn frühzeitig stärkere Allianzen mit Ländern wie Polen aufgebaut worden wären. „Es ist positiv für Norwegen, dass sich Polen für eine bessere Lösung für die Fischindustrie eingesetzt hat. Auf diesem Gebiet vertreten Norwegen und Polen die gleichen Interessen“, sagte Botschafter Bjørn Grydeland, der der Verhandlungsdelegation in Brüssel angehörte. Frau Arnstadt findet es dagegen peinlich, dass Polen sich gezwungen sah, die Interessen der beiden Staaten vorzubringen: „Unser Verhandlungsteam hätte seine Aufgaben besser erfüllen sollen.“

■ *Aftenposten*, 15. April  
2003

*Aftenposten* vom 15. April 2003:

81 Prozent der gewählten konservativen Lokalpolitiker glauben, dass die Frage der EU-Mitgliedschaft derart wichtig sei, dass die Partei auf jeden Fall Beitrittsverhandlungen vorantreiben sollte – selbst wenn es den Austritt aus der Regierung bedeutete. Nur 16 Prozent halten eine Regierungsbeteiligung für wichtiger als Beitrittsverhandlungen.

■ *Nationen*, 25. April  
2003

*Nationen* vom 25. April 2003:

Der frühere Parteichef der Arbeiterpartei und aktuelle Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des Storting, Thorbjørn Jagland, forderte die politischen Parteien des Landes auf, ihre Position zur EU-Mitgliedschaft vor der Parlamentswahl 2005 klar zu äußern. „Wenn die Norweger der EU beitreten wollen, müssen sie die Parteien wählen, die das auch wollen. Wir können uns nicht aus taktischen Gründen in dieser Frage von unseren jeweiligen politischen Grundsätzen distanzieren. Wir müssen im Wahlkampf klar und deutlich sagen, dass die Arbeiterpartei für die EU ist.“

■ *Dagens Næringsliv*,  
12. Mai 2003

*Dagens Næringsliv* vom 12. Mai 2003:

Die Christliche Volkspartei hat auf ihrem diesjährigen Parteitag mit einer substanziellen Mehrheit klar gemacht, dass sie trotz mancher Probleme die Koalitionsregierung fortsetzen will. Wenn die Arbeiterpartei und die Fortschrittspartei Ministerpräsident Bondevik nicht zum Rücktritt zwingen, wird die Koalition die nächsten zwei Jahre weiterarbeiten. Der Kampf um die Seele der Christlichen Volkspartei wird dann

2005 ausgetragen. Die Meinungsumfragen zeigen eine stabile Mehrheit für einen EU-Beitritt. Doch wenn die jetzige Koalition nach der Parlamentswahl weiterarbeiten soll, müssen die Christdemokraten ihre europapolitische Position grundlegend ändern. Das wird keine einfache Aufgabe werden, auch wenn die Partei mit Knut Arild Hareide einen neuen, dynamischen, europafreundlichen stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt hat. Wenn die Partei in zwei Jahren Ja zu Europa sagen will, riskiert sie, sich von ihren Wählern wegzumodernisieren. Sagt sie Nein, riskiert sie, den Weg der Zentrumspartei zu gehen und zu einer unbedeutenden Partei, zur Vertreterin einer immer kleiner werdenden Interessengruppe zu werden.